

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1916

378 (19.8.1916) Mittagsblatt

Badischer Beobachter

Fernsprecher 535

Mittagsblatt

Postfach: Karlsruhe 4844

Wagnispreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt vierteljährlich M. 3.20. Von der Geschäftsstelle oder den Abzügen abgeholt, monatlich 75 Pf. **Auswärts** (Deutschland) Wagnispreis durch die Post M. 3.65 vierteljährlich ohne Bestellgeld. Bestellungen in Österreich-Ungarn, Luxemburg, Belgien, Holland, Schweden bei den Postanstalten. Uebrigens Ausland (Weltpostverein) M. 10.— vierteljährlich durch die Geschäftsstelle.

Erscheint an allen Werktagen in zwei Ausgaben
Beilagen: Je einmal wöchentlich: das illustrierte achtsseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“ das vierteilige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familienkreis“ und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft“

Anzeigenpreis: Die sechspaltige kleine Zeile oder deren Raum 25 Pf. Restamen 60 Pf. Platz-, Klein- und Stellen-Anzeigen 15 Pf. Bei Wiederholung entsprechender Nachlass nach Tarif. **Beilagen** nach besonderer Vereinbarung. Anzeigen-Aufträge nehmen alle Anzeigen-Vermittlungsstellen entgegen. Schluß der Anzeigen-Aufnahme: Täglich vormittags 8 Uhr, bezw. nachmittags 3 Uhr. **Redaktion und Geschäftsstelle:** Adlerstraße 42, Karlsruhe

Notationsdruck und Verlag der „Badenia“, A.-G. für Verlag und Druckerei, Karlsruhe, Albert Hofmann, Direktor

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: Frz. W a h l; für Ausland, Nachrichten, Handelsteil und den allgemeinen Teil: Fr a n z W a h l
Erscheinenszeiten: von halb 12 bis 1 Uhr mittags

Verantwortlich für Anzeigen und Restamen: A. Hofmann in Karlsruhe

Die polnische Frage.

4. Warschau, im August.

Am 5. August war ein Jahr verflossen, daß die deutschen Truppen in die Hauptstadt Polens eingezogen sind. Mit hämischer Freude betonen unsere Feinde, daß eine Lösung der polnischen Frage noch nicht erfolgt sei und wohl auch nicht erfolgen könne. Es wäre sinnlos, zu leugnen, daß einer befriedigenden Lösung große Schwierigkeiten entgegenstehen. Wenn auch die deutschen Truppen nicht gekämpft haben, um Polen zu befreien, sondern um die Stufen zu treten und ihnen einen Herzstich zu versetzen, so ist eben doch die Tatsache unbestreitbar, daß mit der Eroberung Polens, dem gewaltigen Siegeszug der deutschen Truppen, auch die polnische Nation von der Klemme des Jarentums befreit worden ist. Die Regierungen in den besetzten Gebieten Polens waren sich wohl bewußt, daß es sich bei der Verwaltung dieser Gebiete nicht um eigentümliches Fremdesland handele und dieses Bewußtsein ist in der Verwaltungstätigkeit deutlich genug zum Ausdruck gekommen. Das Recht der eigenen Nation, die weder russisch noch deutsch ist, ist Polen in möglichst weitem Umfang anerkannt worden. Gerade in dieser bewußten Anerkennung der Nation, die eine endgültige Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse Polens in absehbarer Zeit notwendig macht, liegen aber die Schwierigkeiten der Lösung der polnischen Frage.

Ohne auf die Erörterung der Friedensziele einzugehen, darf wohl gesagt werden, daß es eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland ist, daß die Ostgrenzen besser gesichert werden, als es bisher der Fall war. Man könnte denken, daß diese Sicherung durch die Schaffung eines selbständigen Pufferstaates — eben Polens — erreicht würde. Dieses Ziel würde erreicht, wenn Gewißheit bestände, daß Polen als selbständiger Staat dauernd sich den Zentralmächten anstellt. Eine solche Gewißheit ist aber bei einem durchaus selbständigen Staate nie gegeben — kann nicht gegeben sein. Es wirft sich daher die Frage auf, ob nicht eine andere Lösung der polnischen Frage gesucht werden muß, die zwar den nationalen Wünschen der Polen, die sich übrigens durchaus nicht nach einer einheitlichen Richtung bewegen, möglichst Rechnung trägt, Deutschland aber davor sichert, daß sich Polen in der Zukunft einmal den Feinden Deutschlands zuwenden und nach Frankreich oder Rußland Anlauf sucht.

Ueber das, was werden soll, was der Nation am meisten frommt, sind sich die Polen selbst nicht einig. Russophile Polen, die einen Anschluß oder eine Wiedervereinigung mit Rußland wünschen, gibt es in Polen wohl nicht allzu viele. Die Klemme Rußlands war doch zu hart, als daß sich das Volk mit ausgeprägter starkem nationale Charakter wieder nach ihr sehnen könnte. Allerdings, es gibt Leute, die aber kaum als Polen anzusprechen sind, die eine vollständige Lösung von Rußland als ein Unglück betrachten. Ideale Gesichtspunkte — und als solchen muß man die nationalpolitische Idee doch immerhin gelten lassen, sind bei dieser Auffassung allerdings nicht ausschlaggebend — es sind vielmehr solche rein wirtschaftlicher und opportunistischer Natur. Gewisse Industriezweige haben sich auf die Bedürfnisse des russischen Marktes unbedingt eingerichtet. Ich nenne hier nur die Textilindustrie in Lodz, die mit ihren Produkten den ganzen russischen Markt beherrscht hat. Sie befürchten, von einer politischen und damit auch handelspolitischen Lösung von Rußland die Vernichtung ihrer Produktion. Eine ausschlaggebende Bedeutung kann für die polnische Auffassung einem derartigen Gedankenengang nicht im entferntesten zugesprochen werden. Ob sie vom Standpunkte der Industrie unbedingt zutrifft, lasse ich dahingestellt. Rußland wird auch nach dem Friedensschluß auf die Textilindustrie des Westens angewiesen sein, wenn natürlich auch eine Verschiebung der Schutzgrenze nach Osten das Entstehen einer Textilindustrie in Rußland begünstigt. Aber trotzdem wird die Einfuhr von Textilprodukten noch lange eine Notwendigkeit für Rußland bleiben. An ihr könnte sich auch die polnische Industrie beteiligen, allerdings wohl in Konkurrenz mit der deutschen, und diese fürchtet die polnische Industrie. Sie war eben bisher infanter gesteuert, als sie den Vorteil des russischen Schutzzollens hatte und nicht nur diesen! Die Produktionsbedingungen waren unter russischer Herrschaft für die polnische Industrie außerordentlich günstig. Die Arbeitslöhne hielten sich weit unter den in Deutschland bezahlten, die Laster für soziale Versicherung und Sicherheit des Betriebes waren überhaupt nicht nennenswert. Kein Wunder, daß Gewinne in kurzer Zeit erzielt wurden, die in Deutschland einfach unmöglich sind. Die Erwerbung von Millionenvermögen in ganz kurzer Zeit wird allerdings bei einer Konkurrenz mit der deutschen Industrie, mit der Notwendigkeit sozialer Lasten nicht mehr so leicht möglich sein wie bisher.

Aber an ein Zugrundegehen der polnischen Industrie braucht deshalb noch lange nicht gedacht zu werden. Abgesehen von dem unleugbaren Vorteil der Kenntnis des russischen Marktes wird durch Verbesserung der Produktionsmethoden, die Anpassung an neue Verhältnisse auch eine Konkurrenz mit der deutschen Industrie ermöglicht werden, zumal ja die meisten Industrieunternehmen in Polen eben wegen ihrer bisherigen Ertragsfähigkeit finanziell vorzüglich fundiert sind.

Nicht die schlechtesten unter den Polen sind der Auffassung, daß eine unbedingte Selbständigkeit Polens für dieses zur Zeit ein Unglück wäre. Sie wissen sehr wohl, daß es wenig Männer gibt, die zu regieren fähig sind. Die Jahrhunderte lange Knechtschaft hat die Entwicklung dieser Fähigkeit außerordentlich gehemmt. Dazu kommen noch die starken sozialen Gegensätze, die wir in Deutschland trotz alledem nicht kennen. In den Städten fehlt der Mittelstand fast vollständig, es gibt nur Herren und Knechte, Reiche und Arme. Das platte Land ist verwüstet von dem Gegensatz zwischen Schichtel (Grundbesitzer) und Bauern, die die Russen genährt und nach dem Grundbesitz dividet und immer wohl zu ihren Wäldern zu gebrauchen wußten. Der Bauer hat Furcht vor der Wiederkehr der Macht der Schichtel, der Herrschaft des Grundbesitzers, mit dem er seit Jahrhunderten in bitterster Feindschaft lebt. Er ist mißtrauisch, ob nicht die etwaige Wiederkehr eines selbständigen Polens nicht die alte Knechtschaft unter die Schichtel wieder brächte, von der ihn die Russen befreit haben. Die Russen haben es verstanden, die Bauern für sich einzunehmen, deren Interessen sie durch besondere Bauernkommissare vertreten ließen.

Bei der Lösung der polnischen Frage darf ein Element nicht vergessen werden, das zahlenmäßig stark vertreten ist — die Judenenschaft. Ueber sie und ihre Besonderheit ist bereits eine ganze Literatur entstanden. Nehmen wir die Fiktion an, daß die Juden eine Nation bilden, so ist kaum eine nationale Minderheit so unterdrückt worden wie sie. Die Stellung der Russen zu den Juden ist hinreichend bekannt. Sie waren auch in Polen von den früheren Gewalttätigkeiten gehaßt und verachtet. Die Christenmordtaten vor ihnen nur durch den Mangel, die Schmeichelei, gegeben. Recht gab es für sie nicht. Jede Gewalttätigkeit gegen sie war Verherrlichung des Patriotismus. Und die Polen? Auch sie hoffen und verachten den Juden, sehen vielfach in ihm einen Feind im Feinde der Nation. Von dem Antisemitismus, der in Polen herrscht, macht man sich in Deutschland wohl keinen Begriff. Was soll bei der Lösung der polnischen Frage mit den Juden geschehen? Die moderne Staatsauffassung kennt — oder stellt es wenigstens als Grundbedingung — keinen Unterschied der Bevölkerung nach Konfessionen. Ist die Judenenschaft in Polen eine Konfession oder eine Nation? Die schwerwiegendsten Probleme ergeben sich aus der Verantwortung dieser Frage. Ist ihre unbedingte Gleichberechtigung mit den übrigen Bürgern des Landes möglich oder wünschenswert? Für den modernen Staat scheint es hier nur einen Weg zu geben. Ob ihn ein selbständiges Polen beschreiten würde? Die Juden selbst hegen nach dieser Richtung nicht geringe Sorgen. Wenn es auch selbstverständlich scheint, daß bei einem Anschluß Polens an Deutschland die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden gesichert werden müßte — vielleicht im Interesse Deutschlands — so ergehen sich doch auch hier wieder sofort ungeliebte Schwierigkeiten. Soll den Juden z. B. Freizügigkeit nach Deutschland gewährleistet werden? Ich lasse es dahin gestellt, ob eine nennenswerte Anzahl von Juden nach Deutschland, falls die Möglichkeit hierzu gegeben würde, einsetzte. Die Frage ist die, ob man es überhaupt auf diese Möglichkeit ankommen lassen wird. Die polnische Judenenschaft steht zum größten Teil auf einem kulturellen Niveau, das sich weit unter dem der niederen Schichten in Deutschland hält. Selbst die Presse, die mit jüdischen Kreisen enge Fühlung hält, hält die Ueberbevölkerung Deutschlands mit Ostjuden aus den mannigfachen Gründen nicht für wünschenswert. Es mag eine Härte in der Unterbindung der Freizügigkeit der Juden liegen, doch eine starke Nation muß eben eine solche unter Umständen auf sich nehmen, wenn sie im Staatsinteresse liegt — worüber ich aber nicht zu entscheiden wage.

Eine ideale Lösung der polnischen Frage ist wohl kaum möglich, aber eine Lösung wird gefunden werden, die im Interesse beider Teile liegt. Die russische Regierung hat es ja sehr leicht, nicht nur Versprechungen zu machen, sondern auch Befehle über die Autonomie Polens zu fassen, da dieses — hoffentlich für immer — ihrem Machtbereich entrückt ist. Von diesen Versprechungen und Befehlen hält übrigens die polnische Bevölkerung sehr wenig. An Versprechungen hat es die russische Regierung nie fehlen lassen, aber Polen weiß aus trüber Erfahrung, was es davon zu halten hat und weiß daher alle russische Zukunftsversprechungen mit Hoß

zurück. Mögen die Polen die Deutschen lieben oder nicht, Achtung bringen sie ihnen auf jeden Fall entgegen — Vertrauen können sie aus ihrer Behandlung in den besetzten Gebieten ziehen, die ihnen offenkundig gezeigt hat, daß Deutschland sie nicht als Feinde hält, sondern als eine unterdrückte Nation, der sie zu ihrem Rechte verhelfen will.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 18. August. (W.T.V.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.
Seeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Bei der Erstürmung des Berges Stara-Obczyna abhen die verbündeten Truppen 200 Gefangene und zwei Maschinengewehre eingebracht. Südlich von Horozanka warfen österreichisch-ungarische Bataillone den Feind aus einem vorgehobenen Graben.

Die bei der Armee des Generals Grafen von Bothmer eingeteilten kaiserlich-ottomanischen Truppen schlugen Angriffsversuche zurück.

Seeresfront des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Bei der Armee des Generalobersten von Böhmermann hat sich der Gegner in den letzten Tagen so schwere Niederlagen geholt, daß er gestern in völliger Ruhe verharret. An der wolgynischen Front erfolgreiche Streifungen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Das feindliche Geschützfeuer gegen unsere neue Front im Górzischen hält an. Abgesehen von einem abgewiesenen Angriff der Italiener gegen die Höhen südwestlich von San Grado di Merona kam es zu keinem Infanteriekampf.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Bei den I. und I. Truppen unverändert.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Vom Krieg

Eine deutsche Antwort
auf die Beschimpfung Asquiths.

Berlin, 18. Aug. (W.T.V.) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt:

Ministerpräsident Asquith erklärte, daß die englische Regierung beschloßen habe, die Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehrs mit Deutschland nicht zu dulden, bis Genugtuung für die „Ermerdung“ Fryatts gegeben werde. Der englische Ministerpräsident scheint anzunehmen, daß nach dem Friedensschluß deutschereisende mit Ungehörigkeit der Wiederkehr eines englischen Vertreters entgegengehehen wird. Herr Asquith irrt. In Deutschland sieht man der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit einem Lande sehr wohl gegenüber, dessen Staatsmänner und Presse in Verdächtigungen und Verleumdungen Deutschlands wetteifern und einen Mangel an Anstand in der Form und Gefinnung erkennen lassen, wie es in der Geschichte wohl beispiellos dasteht.

Die Türken
an der deutsch-öster. - ungar. Ostfront.

Konstantinopel, 17. August. (W.T.V.) Anlässlich der Nachricht von der ersten erfolgreichen Teilnahme der türkischen Truppen an den Kämpfen gegen die Russen in Galizien betonen die Blätter in schwungvollen Reiterartikeln, daß das Erscheinen der türkischen Truppen an der Ostfront einen neuen tatkraftigen Beweis der innigen Waffenbrüderschaft der Türkei mit ihren Verbündeten, sowie der Einheit der Front und der Kriegsführung des Verbundes erbringe, während die Verbandsarmeen alles dieses vergebens erstreben. Die Blätter stellen hierbei fest, daß die Türkei, indem sie einen Teil ihrer nach dem Siege an den Dardanellen und im Tross freigeordneten, nimmermüdigten Kräfte ihren Verbündeten zur Verfügung stellt, zur Bezeugung ihres größten Erbfeindes, und eine Beschleunigung der Beendigung des Krieges beitragen will. Tanin schreibt: „Wir zollen vorbehaltlos dem Gedanken, türkische Truppen nach Galizien zum Kampfe gegen Rußland, unseren größten und

nächsten Feind zu senden, denn ihre Aufgabe besteht nicht darin, eine Demonstration zu veranstalten, oder etwa eine schwer auszufüllende Lücke auszufüllen, sondern unseren heldenmütigen Verbündeten beihilflich sein, und somit den Endsieg zu beschleunigen. Die Russen werden nochmals leben, daß die Türken überall und zu jeder Zeit vor sie treten, mit gleichem, und vielleicht noch größerem Selbdenmut als im Kaukasus.“ — Sabah erinnert daran, daß auch die Verbündeten der Türkei, als ihre Aufgabe an der englischen, französischen, russischen und italienischen Front erleichtert war, ihre Truppen zum gemeinsamen Kampfe gegen den gemeinsamen Feind nach der Türkei geschickt haben und daß diese Truppen noch immer in der Türkei zur Verförderung der Waffenbrüderschaft bleiben.

Die Operationen auf dem Balkan.

Den Demonstrationen der Armee Sarraïl, die sich in den letzten Tagen zu kräftigen Angriffen im Gebiet des Doiran-Sees gezeigert hatten, sind auf dem Balkankriegsschauplatz rasch Gegenstücke der verbündeten Truppen gefolgt. Florina ist besetzt worden. Nach Saloniki führen (heißt es in der Press. Ztg.) aus Neuherben zwei große Zugangsrouten: eine direkte, die dem Wardar über Doiran südwärts folgt, und eine zweite, die in westwärts ausgreifendem Bogen über Monastir-Florina-Vodena die Täler und Pässe des griechisch-serbischen Grenzgebietes durchzieht. Beide Routen haben Bahnverbindungen. Die letzten Angriffe der Entente waren hauptsächlich an der Wardarlinie, unter Gegenstoß dagegen an jener zweiten Zufahrtsroute. Florina liegt etwa 12 Kilometer südlich der Grenze auf griechischem Boden. Hier ist also unser rechter (westlicher) Flügel. Unfer linker Flügel operiert bekanntlich im Strumatal, wo die verbündeten Truppen vor längerer Zeit das griechische Fort Kupel besetzt haben. Die Gesamtfrent abt eine Ausdehnung von rund 180 bis 200 Kilometern in der Luftlinie.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

Das Paris von heute.

Der Umfassung der Stimmung in Paris, der sich besonders bemerkbar gemacht hat, seit die erhofften Erfolge der englisch-französischen Offensive ausgeblieben sind, ist ein so auffallender, daß selbst die Engländer die in Paris herrschende Niedergeschlagenheit offen anerkennen. Die Daily News schreibt: „Engländer, die in diesen Tagen Paris besucht haben, werden bemerkt haben, daß sie ihre Ansichten über den französischen Charakter sehr werden ändern müssen. Die Bezeichnung „fröhlich und leistungsfähig“ waren niemals unpassender als heute. Während der vergangenen Woche habe ich mich bemüht, den Geist dieser Stadt zu erkennen, die als so fröhlich bekannt war. Dabei hatte ich einen tiefen Eindruck von allem, was ich gesehen, und einen tieferen von allem, was ich gehört habe. Krieg, mit seinen unvermeidlichen Begleiterscheinungen, muß immer die Ansichten eines Volkes beeinflussen, und er hat die Pariser außerordentlich stark beeinflusst. Ein Kampf um Tod und Leben wie der gegenwärtige, der zwei Jahre dauert, und dessen Ende noch nicht abzusehen ist, bringt auch ein Volk, das gewohnt war, die Welt mit heilerem Gesicht anzuschauen, dazu, sich ernstlichen Gedanken hinzugeben. An jeder Ecke, sei es auf dem großen Boulevard oder in den stillen Straßen der Stadt, sieht man die Zeichen, welche einen hohen Preis Paris für diesen Krieg bezahlt. Aber dieser Preis, obgleich er groß ist, wird doch ohne Widerspruch gezahlt. Das ist der hervorleuchtende Eindruck, den ein Besucher heute von Paris erhält.“ (m.)

Die Kriegseinstellungen der Entente in Amerika.

Berlin, 18. August. Das Berliner Tageblatt meldet aus dem Saag: Nach dem Vening Standard beträgt der Gesamtwert der Kriegslieferungen, die durch die Entente in Amerika bestellt wurden und deren Lieferung bis in das Frühjahr 1918 hineinreicht, etwa 600 Millionen Pfund Sterling. Kaum die Hälfte dieser Bestellungen wurde ausgeführt.

England fragt nach Stürmers Absichten.

Der Pariser Clair meldet (St. Straß. N.) aus London: Die englische Regierung verlangte in Petersburg freundschaftliche Aufklärung, was Stürmers Absichten seien. Es sprachen Gerüchte davon, daß Stürmer nach einem Sonderfrieden mit Deutschland strebe. Stürmer gab eine Erklärung ab, daß er vollkommen mit der Entente Hand in Hand gehen werde und betonte, daß die Gerüchte unwahr seien.

Das englische Volk und die Friedensbedingungen.

Ich glaube nicht, sagt Viscount Smutsford in der Ball Ball Gazette vom 12. 8. (vergl. N. d. N. Nr. 530, 1 und 2), daß es eine gute Idee ist, das Volk um die Friedensbedingungen zu befragen. Augenblicklich würde sich das Volk für sehr drastische Bedingungen gegen Deutschland entscheiden — Gott sei Dank! Nehmen wir aber einmal an, daß unserem Volke die Maßung knapp wird, und daß es ruhelos und ungeduldig wird — dann fürchte ich, möchte es eher alles annehmen, als dem

Krieg fortsetzen. Ich wünschte, daß wir Kitcheners Rat folgten und beschließen, daß kein Deutscher im nächsten Menschenalter sich in England niederlassen dürfe. Ich möchte Erzeugnisse boykottieren, wenn dadurch unser eigener Handel nicht zu sehr geschädigt würde. Aber ich bezweifle, ob es klug ist, dies jetzt öffentlich zu sagen, weil es der deutschen Kriegspartei eine Waffe in die Hand gibt. Seht doch, was die Engländer tun wollen, wenn sie gewinnen. Das bedeutet für uns alle den Ruin. Wir täten besser daran, erst zu gewinnen und dann unsere Friedensbedingungen zu diktieren, anstatt uns das Gewinnen nur schwieriger zu machen und zu verweigern dadurch, daß wir unseren Feind zur Verzweiflung treiben.

Protpreis und Munition.

London, 18. August. (W.L.B.) Unterhaus. Minister Harcourt sagte auf eine Frage, das Steigen des Protpreises in London sei eine Folge des Steigens der Weizenpreise in Amerika. Die Ursachen dafür lägen in den Verhältnissen und Aussichten der Ernte in Nordamerika. Am letzten Freitag stiegen in Marlane die Preise für Norther-Manitoba von 57 auf 72 1/2 d pro Quarter. Auf eine Frage, ob die Regierung nicht eine Strafverfolgung gegen die Spekulanten einleiten lassen würde, sagte Harcourt: Ueber die Amerikaner haben wir keine Gewalt. In der Debatte über den Etat für das Munitionministerium sagt Oberleutnant Archer-See, daß im Munitionswesen noch nicht alles vollkommen sei. Sauten-Granaten, automatische Pistolen und anderes sei nicht so gut wie bei den Deutschen. Die Munition für die Handbitten liege an Explosionsfähigkeit zu wünschen übrig. Eine Anzahl dieser Geschosse, die niemals explodierten, habe man auf dem den Deutschen abgenommenen Gelände gefunden. Die Explosionskraft der Granaten für Feldgeschütze sei zufriedenstellend, aber sie seien nicht so gut wie die deutschen Granaten. Natürlicher könnten die Engländer bei ihrer Systemlosigkeit nicht denselben Standard erreichen wie die Deutschen, aber die Leistungen des Munitionministeriums seien glänzend. Der Redner sagte noch, daß die Engländer nicht so schwere Abwehrschilde gegen Luftfahrzeuge besäßen, wie die Deutschen.

Saigs Beute- und Kopypreistaxi.

Berlin, 16. Aug. Der britische Krämergeist erfährt eine neue treffende Erläuterung durch einen Beuteerzähl der Seeresleitung Saigs, von dem die N. A. W. W. berichtet:

Es war schon bekannt, daß die britische Flotte ihre Besatzungen in baren Geld beim Verlassen von feindlichen Schiffen nach der Kopypzahl der ertrunkenen oder an Bord befindlichen Mannschaften bemittelt.

Auch die Kriegserlöse zu Lande bezahlt die Tapferkeit nach einer ähnlichen vornehmen Preistabelle. Es wird bezahlt für ein deutsches leichtes Feldgeschütz 15 M., für ein schweres 20 M., für ein Belagerungsgeschütz 50, für eine Fahne 100 und für eine taugliche Standarte 350 M.

Der Tarif der Kopypreise lautet: Für einen russischen Prinzen 500 M., für einen Prinzen anderer regierender Häuser 300 M., für sonstige Prinzen 250 M., die gleiche Summe für kommandierende Generale, für andere Generale 150 M., für Stabsoffiziere 100, für Hauptmänner oder Rittmeister 50, für Leutnants 25 und für Unteroffiziere wie Gemeine 2 M. Die Gentlemen sind wirklich vorbildlich für ritterliche Kriegsführung; sie bleiben auch im Kriege — främer!

Amsterdam, 18. August. (W.L.B.) Mit dem Postdampfer der Jeeland-Gesellschaft „Prinz Genard“ sind gestern der neue päpstliche Nuntius für Belgien, mehrere deutsche Frauen und zehn deutsch-englischer in England in Blüdingen angekommen.

Der Krieg zur See.

Hervorragende Leistungen eines U-Boot-Führers.

Berlin, 18. August. (W.L.B.) Zu der Verleihung des Ordens Pour le mérite an Kapitänleutnant Forstmann in Anerkennung hervorragender Erfolge im U-Bootkrieg erfahren wir, daß Forstmann bisher nicht weniger als 100 feindliche Schiffe mit 260 000 Tonnen, darunter mehrere Kriegsschiffe, Bewachungsdampfer, Kriegsmaterialdampfer und bewaffnete Handelsfahrzeuge versenkt hat. Er hat in vielen Fällen Gefechte mit feindlichen bewaffneten Handelsdampfern und erweichte sich erfolgreich den littenreichen englischen U-Booten. Der Wert der von Forstmann versenkten Kriegsschiffe samt ihren Ladungen beläuft sich auf rund 600 Millionen Mark.

Unwahre Behauptungen eines englischen Ministers.

Berlin, 18. August. (W.L.B.) Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Lord Crewe soll auf eine anscheinend gestellte Anfrage im englischen Oberhaus behauptet haben, die deutschen U-Bootboote hätten neuerdings in sieben Fällen ohne Warnung Handelsfahrzeuge versenkt; er ließ aber durchblicken, daß von den U-Booten auf die Rettungsboote mit Ueberlebenden der Schiffe geschossen worden sei. Damit behauptet er, daß die U-Bootsmannschaft mehrfach das Versprechen gebrochen hätte, das die deutsche Regierung in der letzten U-Boots-Note der amerikanischen Regierung gegeben habe. Seine Absicht ist durchsichtig, er will erneut die Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten vergiften und für England weitere Deckung hinter Amerika finden. Seine Behauptungen sind unwahr. Seine gesundene Medeweise zeigt auch schon, daß es ihm unmöglich ist, den Beweis für seine Worte zu erbringen. Besonders hingewiesen sei aber auf die nichtswürdige Behauptung, deutsche U-Boote hätten Flüchtlinge in Schiffsbooten beschossen. Diese Behauptung paßt zu der Regierung, die sich schühend vor die „Marlon“ und „King Stephen“ W. D. er stellt und das „Geldmädchen von Loos“ für gemeinen Mord mit einem Orden auszeichnet.

Erschwerung der Ausfuhr nach Schweden durch England.

London, 18. Aug. (W.L.B.) Das Reutersche Büro meldet, es stehe die Veröffentlichung einer königl. Proklamation bevor, die die Verhinderung der Ausfuhr von allen Gegenständen des täglichen Bedarfs nach Schweden zum Gegenstand hat, deren Ausfuhr bis jetzt noch nicht verboten war. Gleichzeitig wird das Kriegshandelsamt eine Generaldispens für die Erlaubnis der Ausfuhr von Gegenständen des täglichen Bedarfs gegen Vorlage einer Garantie der Handelskommission bekannt geben. Die Beweggründe für den Erlaß dieser Maßnahme sind in der Hauptsache folgende: Die schwedischen Bestimmungen vom 17. April 1916 lassen es für den schwedischen Importeur nicht zu, einem britischen Exporteur Mitteilungen über die Verwendung der Güter zu machen. Der britische Exporteur muß unter diesen Umständen bei der Forderung der britischen Zollbehörden nach Befragung der Verwendung der Güter oft zugeben, daß er zur Verbringung der von ihm verlangten Beweismittel nicht imstande ist. Er legt sich dadurch ohne seine Schuld schweren Strafen aus. Die englische Regierung könne nicht zugeben, daß die ihr gemäß der Vollkriegsakte zustehende Befugnis zu einem bloßen Nichtstun gemacht werde. Es sei daher notwendig gewesen, die gesamte Ausfuhr nach Schweden, von einigen unbedeutenden Ausnahmen abgesehen, von der Vorlegung einer Garantie abhängig zu machen, die vom Importeur zu unterzeichnen und von der zuständigen Abteilung der schwedischen Regierung zu bestätigen sei, wonach sowohl die Ware, wie die aus ihr hergestellten Erzeugnisse aus Schweden nicht wieder ausgeführt werden.

Deutschland.

Berlin, 19. August 1916.

Neue Richtlinien für die politische Zensur in Sicht.

Auf eine an den Reichskanzler am 11. Juli gerichtete Eingabe des Reichsverbandes der deutschen Presse, in der Abänderungsvorschläge für die unzulässige Handhabung der Zensur gemacht, die freigelegte allgemein gehaltene Erörterungen über die Kriegsziele angeregt, mehr Freiheit für die Presse in Fragen der rein politischen Zensur gefordert und um mögliche Abstandsnahme vom Mittel des Zensurverbots gebeten wurde, hat der Chef der Reichskanzlei, Unterstaatssekretär Wabuschaffe, folgendes geantwortet:

Der Herr Reichskanzler hat nach erneuter Prüfung der vom Reichsverband vertretenen Auffassung sich dahin ausgesprochen, daß er zurzeit davon absehen muß, den militärischen Stellen eine völlige Aufhebung des Verbots der Friedensförderung vorzuschlagen, und daß es bei der bereits erfolgten Empfehlung einer milden Handhabung der Zensur in den Fragen der Kriegsziele bis auf weiteres sein Bemühen haben muß.

Sinhilich des zweiten Vorschlags des Reichsverbandes teile ich ergeben mit, daß auf Veranlassung des Herrn Reichskanzlers eine Zensurverordnung vorbereitet ist, die den Wünschen der Presse entsprechen dürfte. Sie gibt für die innere Politik folgende Richtlinien: Keine Beschränkung der Erörterung innerpolitischen und wirtschaftspolitischen Fragen. Vermeidung geistlicher und Besinnung anderer Parteien und Erwerbsstände herabsetzender Auseinandersetzungen. Solche Auseinandersetzungen müssen gegebenenfalls Zensurmaßnahmen zur Folge haben.

Zur Frage des Verbots von Zeitungen teilt der Herr Reichskanzler die Ansicht des Reichsverbandes, daß zu dieser Maßnahme nur im äußersten Fall gegriffen werden sollte. Er hat auch bei gegebenem Anlaß in diesem Sinne Einfluss geübt.

Der Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses

war am 16. und 17. August in Berlin im Reichstag zu einer erweiterten Sitzung versammelt. Nach der Durchberatung der Anfassung des Programms der christlich-nationalen Arbeiter- und Angeestelltenbewegung beschäftigte sich der Ausschuss mit den Zielen und Aufgaben der deutschen Politik in und nach dem Kriege, sowie mit der Kleinwohnungsnot und der Frauennarbeit nach dem Kriege.

Der Ausschuss faßte einmütig folgende Entscheidung: 1. Zur Wiederherstellung und zum Weiterbau seiner Friedensarbeit bedarf das deutsche Volk der fest gegründeten Sicherheit gegen äußere Feinde. Erste Voraussetzung hierfür ist eine starke, schwer angreifbare Stellung des Reiches auf dem europäischen Festland. Deswegen ist die Entfaltung des deutschen Einflusses und des deutschen Wirtschaftslebens auf den Hochsitzen der See eine Notwendigkeit. Wir haben die Zuversicht, daß aus dem, was unsere Kämpfer im Felde errungen haben, dem Reich die notwendige Zukunftssicherung gestaltet und eine neue Freiheit der Entwicklung beschaffen wird.

2. Im inneren Leben der deutschen Zukunft ist die tatsächliche Anerkennung und praktische Durchführung der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft in Staat und Wirtschaft eine Grundbedingung innerer Befundung und des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens. Eine vollständige Gestaltung des preussischen Wahlsystems ist hierfür eine Notwendigkeit. Nur so kann auch das Interesse aufrecht erhalten werden, das breite Massen durch den Krieg am Staatsleben genommen haben.

3. Beim Wiederaufbau unserer Handelspolitik nach dem Kriege, sowie bei den Maßnahmen der Uebergangswirtschaft ist neben der berechtigten Weiterführung des Schutzes der innerdeutschen Arbeit die Konjunktur der Verbrauchserhöherung besonders zu schonen und zu pflegen.

4. In der Kriegswirtschaft bedauern wir, daß es noch nicht gelungen ist, der vorhandenen Widerstände Herr zu werden. Wir erwarten, daß die obwaltenden

Schwierigkeiten mit fester Hand überwunden werden, und daß eine regelmäßige und ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln gesichert und die Preisgestaltung auf eine erdwingbare Höhe abgebaut wird. Auch ist eine bessere Verteilung der Lebensmittel zwischen Stadt und Land, sowie eine Abmilderung der Preise nach dem Einkommen und nach der Zahlungskraft der Verbraucher geboten.

5. Solange der Feind gegen das Reich und gegen die Kraft unserer Arbeit ankämpft, ist unerschütterliches Aushalten und Durchkämpfen unserer eisernen Wille. In der Ueberzeugung, daß Einigkeit und Geschlossenheit eine der Bedingungen für zähere Wendung des Krieges ist, stehen wir mit einheitlicher Entschlossenheit zur politischen und militärischen Führung des Reiches.

Die christlich-nationale Arbeiterkraft beweist mit dieser Entscheidung, daß sie neben ihren Forderungen für die Zukunft auch das, was uns zunächst nottut, „unerschütterliches Aushalten und Durchkämpfen“ bis zu einem Frieden, „der dem Reich eine starke, schwer angreifbare Stellung“ auf dem Festland, wie freie Entfaltung zur See sichert, in seiner ganzen Wichtigkeit versteht und vertritt. Sie steht damit geschlossen und entschlossen in der Gesamtheit unteres Volkes, das unbeschadet aller Wünsche und Meinungen in einzelnen, nach wie vor einheitlich und fest auf diesem Boden steht.

Ämtliche Nachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hat sich demogen gefunden, die auf 6 Jahre erfolgte Erneuerung des Pfarres Heinrich Neu auf die evangelische Pfarrei Viebilingen für endgültig zu erklären.

Baden.

Karlsruhe, 19. August 1916.

Besteuerung der Kriegsanleihen.

Die Karlsruher Zeitung schreibt halbamtlich: Es ist verschiedentlich als ein Mißstand bezeichnet worden, daß die Kapitalisten, die deutsche Kriegsanleihen unter Inanspruchnahme von Bankkrediten usw. gezeichnet haben, nach der badischen Steuererhebung den gezahlten Anleihebeträg vermindern müßten, ohne — insbesondere bei der Gemeindevulage — die um diese Zeichnung willigen aufgenommenen Schulden absetzen zu dürfen. Diese steuerliche Behandlung sei geeignet, viele Zeichner von Kriegsanleihen zu verärgern und sie von weiteren Zeichnungen abzuhalten; Abhilfe sei deshalb geboten. Dieser Antrag ist durch das provisorische Gesetz vom 14. August d. J. entsprochen worden. Darnach kann ein Steuerpflichtiger, der nachweislich zur Zeichnung von Kriegsanleihen des Deutschen Reichs oder eines mit dem Deutschen Reich verbündeten Staates Schulden aufgenommen hat, die bei seiner Steueranmeldung nach § 7 Abs. 1 des Vermögenssteuergesetzes nicht im vollen Betrag und hinsichtlich der Gemeindevulage überhaupt nicht abgezogen werden können, beantragen, daß diejenigen Steuer- und Umlagebeiträge nicht erhoben oder erlassen werden, die er weniger zu entrichten hätte, wenn die erwählten Schulden im vollen Betrage berücksichtigt werden könnten. Das gleiche gilt auch für die kirchlichen Abgaben. Der Antrag nebst dem geforderten Nachweis ist bei dem zuständigen Steuerkommissar einzureichen. Dieser Vergünstigung bezieht sich auf die im laufenden Jahre angeforderten Abgaben. Das Gesetz bleibt auf die Dauer von drei Jahren, d. i. bis Ende 1918, in Wirksamkeit.

Lebensmittelversorgung.

K. E. Gerstenpreise.

Der Höchstpreis für die Lonne inländischer Gerste ist durch die Verordnung des Bundesrats vom 24. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 894) für Verkäufe durch den Erzeuger bei Lieferung bis zum 1. bis 15. September auf 280.— M. festgesetzt. Für die Zeit nach dem 15. September werden niedrigere Preise festgesetzt werden, die auch bei vorher abgeschlossenen Verträgen Anwendung finden sollen, soweit sie bis zum 15. September noch nicht erfüllt sind.

Höhere Gerstenpreise als die vorstehend bezeichneten sind angefallen für Winterangetriebe, soweit die besonderen Bestimmungen über den Verkehr mit Saatgerste auf Saatfeste imgeachtet werden, sowie für Gerste, die auf Bezugsweise abgegeben wird. Bestimmungen über den Handel mit Saatfeste werden später erlassen werden. Vorläufig ist der Handel hiermit zu Ueberweisen verboten. Der Bezugsgegenstand dient vorzugsweise zur Versorgung der Gemarkungen sowie der Betriebe, die Gersten- oder Malzfabrik, Brauerei oder Malzgerstfabrik betreiben, der Brauereien und Brennereien. Sämtliche Gersten-Bezugsweise werden der Reichs-Gerstengesellschaft m. b. H. Berlin W. 8, Wilhelmstraße 99a, zur Verfügung gestellt, an die sich alle kontingentierten Betriebe zum Zwecke ihrer Versorgung mit Gerste zu wenden haben. Der Reichs-Gerstengesellschaft sind wegen der Höhe der Zuschläge, die sie beim Erwerb von Gerste aufgrund von Bezugsstellen bezahlen darf, Bindende Anweisungen von dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts erteilt worden. Nach diesen Anweisungen ist die Reichs-Gerstengesellschaft ermächtigt, für gute, trockene, reine Qualitätsgerste auf Bezugsweise einen Durchschnittspreis von 80.— M. für die Lonne zu zahlen. Im Interesse der Herbeiführung einer beschleunigten Ablieferung von Gerste ist die Reichs-Gerstengesellschaft außerdem ermächtigt, bis auf weiteres, allerdings vorwiegend nur für kurze Zeit, eine Preisprämie von 20 M. für die Lonne zu zahlen, so daß zunächst ein Gerstenpreis von 80 M. für die Lonne zur Zahlung gelangt. Für Gerste, welche während dieser Zeit nicht zur Ablieferung gelangt, wird dann zunächst der Durchschnittspreis von 80 M. gezahlt werden. Zum Ausgleich für die anfangliche Preisermäßigung infolge der Gewährung einer Preisprämie ist beschlüsselt, für den letzten Teil der von den Landwirten abgelieferten Gerste einen entsprechenden Preiszuschlag zu leisten, so daß für die Lonne zunächst 90 M. gezahlt werden. Sofern die Gerste den vorstehenden Anweisungen an Qualitätsgerste nicht entspricht, aber nach Ueber Futtererhaltung hin ausreicht, soll ein entsprechender geringerer Zuschlag zum gesetzlichen Höchstpreis gezahlt werden. Für Gerste, die nur für Futterzwecke geeignet ist, darf der gesetzliche Höchstpreis nicht überschritten werden. Etwa noch aus früheren Erntejahren vorhandene Gerste ist gemäß der Bestimmungen vom 17. Januar 1916 (Reichs-

Chronik des zweiten Kriegsjahres.

19. August 1915. Die Festung Nowo-Georgiewsk ist genommen. — Die Russen wurden hinter den Stolern- und Bulwa-Wald zurückgeworfen. — Ein englisches Unterseeboot ist am Südgang des Sines vernichtet worden. — Der englische Personendampfer „Arabic“ auf dem Wege nach Amerika torpediert. — Dritte Kriegstagung des deutschen Reichstags. Einmütige Bewilligung der Kriegskredite.

20. August 1915. Bei Gudele und Sejn russische Stellungen erstickt. — Vielst ist genommen.

gefeßt. S. 40) zu enteignen und der Uebernahmepreis um 60 Mark für die Lonne zu fügen. Das Reichsamt solcher Gerste haben die Käufer der Reichs-Gerstengesellschaft der zuständigen Behörde zwecks Einleitung und Durchführung der Enteignung anzuzeigen.

In vorigen Jahre betrug der Höchstpreis für Futtergerste 300 bis 360 Mark, der Preis für Qualitätsgerste bis zu 400 Mark. Mit Rücksicht auf die bessere Ernte sind diese Preise, wie oben angegeben, wesentlich herabgesetzt worden. Die im Vorjahre eingetretene nachträgliche Preisermäßigung hat in weiten Kreisen der Landwirtschaft zu tiefgehender Erbitterung geführt. Es ist daher beabsichtigt, an den angegebenen im Laufe der Zeit sinkenden Preisen für das laufende Erntejahr unter allen Umständen festzuhalten. Den Landwirten kann daher in ihrem eigenen Interesse nur empfohlen werden, ihre Qualitätsgerste sobald als möglich an die Käufer der Reichs-Gerstengesellschaft m. b. H. zur Ablieferung zu bringen, damit auf diese Weise der vorübergehend vorgelebene Preis von 80 Mark für sie ausgebaut wird. (W.L.B.)

Kerkerungen des Herrn v. Batoki.

Budapest, 18. August. (Griff. Bg.) Der Präsident des deutschen Kriegsernährungsamtes von Batoki äußerte sich gegenüber einem Mitarbeiter des N. G. B., daß infolge der guten deutschen Ernte die Protrationen erhöht werden. Deutschland werde im Herbst über einen höheren Schweinebestand verfügen, als im Vorjahre. Von Kartoffelmangel könne nicht mehr gesprochen werden. Die Inflation werde die Friedenshöhe erreichen; bloß mit Fett müsse gepart werden. Die Fleischrationen werden im ganzen Reich einheitlich wöchentlich 200 bis 300 Gramm betragen. Batoki gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, Ungarn werde für deutsche Industrieprodukte überhöfliche Agrarprodukte überlassen. Er habe mit den ungarischen maßgebenden Kreisen bereits verhandelt, die seinen Plan freudig begrüßt hätten. Er werde demnächst nach Budapest kommen.

Der Verkehr mit Speisefetten.

Zum Vollzuge der Bundesratsverordnung vom 20. Juli 1916, über die Speisefette, hat das Ministerium des Innern eine Ausführungsverordnung erlassen, in der u. a. bestimmt wird: Die von Molkereigenossenschaften hergestellten Speisefette sind für die badische Butterversorgung, die in den übrigen Molkereien hergestellten Speisefetten sind für den kommunalen Verbrauch, in dem die Molkerei liegt, mit der Erzeugung bestimmlastig. Die Molkereigenossenschaften haben die von ihnen hergestellten Speisefette an die von ihnen hergestellten Butterversorgung bezeichneten Stellen zu liefern. In den Gemeinden, in welchen eine Molkereigenossenschaft besteht, haben die Halter von Kühen, unbeschadet ihres eigenen Bedarfs, die in ihrem Betrieb gewonnene Milch an die Molkereigenossenschaft zu liefern. Die Herstellung von Butter ist in den landwirtschaftlichen Betrieben, aus denen die Milch an die Molkerei zu liefern ist, unteragt. Die nicht von Genossenschaften betriebenen Molkereien haben die von ihnen hergestellten Speisefette an den kommunalen Verbrauch für die Gemeinde bestellten Aufkäufer abzugeben, soweit sie diese Speisefette nicht in der eigenen Wirtschaft benötigen. Die kommunalen Verbände haben für jede Gemeinde ihres Bezirks Aufkäufer zu bestellen, die ausschließlich beauftragt sind, die in der Gemeinde hergestellte Butter sowie das von den Erzeugern bereitete Butterfett an den Erzeugern zu kaufen. Andere Personen ist der Erwerb dieser Speisefette bei den Erzeugern verboten. Die Abgabe von Speisefetten im Großhandel an den Verbraucher ist nur noch gegen Fiktionalen zulässig. In Gemarkungen, Schön- und Speisefertigkeiten, in Vereinen und Erziehungsinstituten sowie in Fremdenheimen darf Butter nach 10 Uhr vormittags nicht verabfolgt werden; auch ist die Verabfolgung von Brot mit Butteraufschlag nach 10 Uhr verboten.

Chronik.

Aus Baden.

Manheim, 18. August. Der Bezirksausschuss Mannheim in Verbindung mit dem Bad. Landesauschuss für Kriegsinvalidentfürsorge beschäftigt für Kriegsbeschädigte der Eisen- und Maschinenindustrie, die aus dem Militärverhältnis entlassen sind, einen Weiterbildungskurs (Vorkurs und Hauptkurs) zu veranstalten. Die Kurse beginnen am 4. September bezw. 2. Oktober d. J. und dauern 1. bezw. 3 Monate. Der Vorkurs vermittelt Teilnehmern ohne fachliche Schulbildung die Grundlage zu einem erfolgreichen Besuch des Hauptkurses. Der Hauptkurs verfolgt den Zweck, die Invalidenten zu befähigen, gehobene Stellen als Meister, Zeichner, Stenografen und Hilfsarbeiter im Betriebsbüro zu besetzen. — Geluche um Zulassung sind für den Vorkurs bis 22. August, für den Hauptkurs bis 15. September d. J. an das Rektorat der Gewerbeschule in Mannheim zu richten. — Der Unterricht findet täglich von 8—12 Uhr und von 2—6 Uhr statt.

Karlsruher Kreis, 18. Aug. Am Dienstag fand hier im „Walden Hof“ eine sehr gut besuchte Sondersitzung der Versammlung Nat. Redner waren Landtagsabgeordneter Präsident Riederhöhl in Rastatt und Sommerhubsch Bauerer sen. von Mannheim. Es fand eine rege Aussprache statt und man war dabei allgemein der Meinung, daß diese Versammlung von großer Bedeutung für die Interessen des Landes war.

Stuttgart, 18. Aug. An Kriegserinnerungen wurden der städtischen Sammlung

geschenkt: von Fabrikant Eugen Stamer hier eine geschäft angeordnete Zusammenstellung sämtlicher von ihm hergestellten Kriegsmaschinen und von Bildhauer Karl Wahl von hier eine große photographische Darstellung des von ihm entworfenen monumentalen Denkmals für die Gefallenen der 29. (badischen) Division für den Friedhof von Bens, von Herrn Karl Ergleben eine Anzahl Granaten usw. vom Feldzug 1870/71.

11. Offenburger, 18. August. Zwei Knaben im Alter von 8 und 11 Jahren entfernten sich am Sonntag nach Tisch von Hause und waren seitdem vermisst. Sie wanderten Strahburg zu und wurden dort an der Rheinbrücke vom Posten angehalten. ...: Friedlingen bei Karbach, 19. Aug. Beim Baden im Rhein ist der 15jährige Schreinerlehrling S. Strich ertrunken.

12. Wintersweiler, 18. August. Infolge eines Unglücksfalles hat Hofschmied Reinhard Schaulin einen tödlichen Tod gefunden.

13. St. Blasien, 18. August. Prinz Max von Baden ist nach achttägigem Kurraufenthalt im Hotel und Kurhaus St. Blasien heute abgereist.

14. Müllersdorf, 19. Aug. Am Alter von 65 Jahren ist der im badischen Oberland bekannte Goldschmied Josef Müller zum „Gülden Baum“ gestorben. Er nahm auch am öffentlichen Leben regen Anteil und war lange Jahre Stadtrat.

15. Tengen, 18. Aug. Landsturmmann Strauß von Tengen nahm an russische Kriegsgefangene fest, die vom Gefangenlager aus über Tengen, Baderdingen, Wünnenfeld und Tengen-Dorf kamen und hier die Richtung verloren.

16. Neerlingen, 18. Aug. Von einer großen Menschenmenge erwartet, erschien am Dienstag Großherzogin Luise in einem Motorboot von der Mainau her. Von Oberamtmann Levinger begrüßt, besuchte die hohe Frau verschiedene Stellen mit einer Ansprache. Dann fuhren die Herrschaften nach dem Vereinslager St. Leonhard, wo sie längere Zeit verweilten.

17. Neichenau, 18. Aug. Die Insel ist zurzeit von Fremden gut besucht, die teilweise in Privathäusern, teils in Gasthäusern Unterkunft gefunden haben.

Der Verkehr mit Säden.
 Berlin, 18. August. (W.L.B.) Die Reichsstadte gibt im Reichsanzeiger bekannt: Der Verkauf leerer Säcke durch Sachhändler und an Sachhändler ist durch besondere Verfügung geregelt. Die Genehmigung der Reichsstadte ist nicht erforderlich, wenn leere Säcke von dem Verbraucher an einen anderen Verbraucher in Mengen bis zu 100 Stück abgeholt werden.

Der Verkehr mit Gerste.
 Berlin, 15. August. (W.L.B.) Die Reichs-Gersten-Gesellschaft m. b. H., Berlin W. 8, gibt bekannt:
 Wie uns mitgeteilt wird, ist noch immer vielfach die Ansicht verbreitet, daß im neuen Entschloß der Landwirte der freihändige Verkauf von Gerste an die zu deren Verarbeitung berechtigten Betriebe gestattet sei, und daß der gesetzliche Höchstpreis hierbei nicht eingehalten werden müsse. Diese Ansicht beruht auf einer nicht zureichenden Auffassung der durch die neue Bekanntmachung des Bundesrats über Gerste aus dem Jahre 1916 getroffenen Bestimmungen. Nach § 20 Abs. 4 dieser Bekanntmachung kann nämlich der Reichsanzeiger für den Verkauf der Gerste, welche die mahlenden Betriebe benötigen, Höchstpreise ausstellen und hat hierüber sowie über die Art des Einkaufs die näheren Bestimmungen zu treffen. Demgemäß ist durch Verfügung des Präsidenten des Reichs-Ernährungsamts, welcher insoweit gemäß gesetzlicher Vorchrift die dem Reichsanzeiger übertragenen Befugnisse ausübt, am 7. August 1916 nimmend die Anweisung solcher Gerstenbezugscheine aus für das neue Entschloß angeordnet und gleichzeitig bestimmt worden, daß diese Bezugscheine zum Zweck des Anlaufs der Gerste sämtlich der neu gegründeten Reichs-Gersten-Gesellschaft m. b. H. übergeben werden. Der Erlaß der näheren Bestimmungen über diese Regelung des Gerstenanlaufs ist der Reichs-Ernährungsamtliche übertragen worden, welche die erforderlichen Bekanntmachungen demnächst erlassen wird.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß auch im neuen Entschloß die mahlenden Betriebe ihre Gerste nur durch Vermittlung der Reichs-Gersten-Gesellschaft m. b. H. beziehen können, welche anstelle der in Liquidation befindlichen Gersten-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H. getreten ist. Jeder freihändige Anlauf beim Landwirt ist also nach wie vor ausgeschlossen. Zuwiderhandlungen gegen diese Regelung sollen dem Landwirt wie dem Verkäufer der Gerste der Bestrafung aus § 10 Nr. 2 der Gersten-Verordnung aus und führen zur Eingekerkelung der unbesüßten erworbenen Gerste, des daraus hergestellten Erzeugnisses oder seines Wertes gemäß § 28 der angeführten Verordnung.

Da ferner nach § 4 der neuen Verordnung des Bundesrats über die Höchstpreise für Gerste vom 24. Juli 1916 der gesetzliche Höchstpreis nur bei dem Anlauf von Gerste aufgrund eines Bezugscheines überlassen werden darf, so ergibt sich aus dem Vorstehenden weiterhin, daß solche höheren Preise allein von der Reichs-Gersten-Gesellschaft m. b. H. angelegt werden dürfen. Jede Anpreisung dieser Gerste durch andere als die von der Reichs-Gersten-Gesellschaft m. b. H. mit dem Anlauf beauftragten Personen und Firmen wird gemäß § 5 der angeordneten Höchstpreisverordnung mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10.000 Mark bestraft.

Aus anderen deutschen Staaten.
 Berlin. Reichstagsabgeordneter M. Erzberger erklärt das Eisenerz-Kreuz am weiß-schwarzen Bande.

Berlin, 18. Aug. Heute morgen 8 Uhr ereignete sich an der Straßenbahnhaltestelle in der Wuppertalstraße (alte Postdammerplatz) ein schwerer Straßenbahnunfall, bei dem 16 Personen verletzt wurden. Ein Straßenbahnwagen fuhr mit voller Gewalt auf einen haltenden Straßenbahnwagen auf. fünf von den Verletzten trugen schwere Verletzungen davon. Die Schuld an dem Unfall trifft die Führerin des Straßenbahnwagens.

Der Geburtstag Kaiser Franz Josephs.
 Berlin, 17. Aug. (W.L.B.) Der Oberbefehlshaber in den Marken hat angeordnet, daß anlässlich des 81. Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich, Königs von Ungarn, am 18. August die öffentlichen Gebäude innerhalb des Landesvollgebiets Berlin zu beflaggen sind. Oberkommando in den Marken.

Reisende Vermögensverhältnisse.
 Koblenz, 17. Aug. Das am 9. d. M. hier verlebte Preulein Thella von Hüfelford hat in ihrem Vermögensverzeichnis eine Million Mark für Wohltätigkeitszwecke vermachet. Die Stadt Koblenz, die Kirche St. Cajus und Hospital, die Kirche zu Andernach und Hospital Badstätt, sowie die kirchlichen Konvente zu Trier und Prüm sind bedacht worden.

Lozales.

Karlsruhe, 19. August 1916.
 Aus dem Hofbericht. Der Großherzog hat vorgestern abend Karlsruhe verlassen und sich mit Uebernachten in Freiburg zu einem kurzen Besuch bei der Großherzogin Luise nach Schloß Rainau begeben.

Die Großh. Hof- und Landesbibliothek ist wegen Reinigung vom 21. bis mit 31. August geschlossen. Die auswärtigen Besucher werden ersucht, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Das Großh. Konseratorium für Musik zu Karlsruhe verendet seinen diesjährigen Jahresbericht. Obgleich der Besuch der Anstalt durch erwachsene männliche Schüler durch den Krieg naturgemäß beeinträchtigt war, ist doch die Schülerzahl im zweiten Kriegsjahre nicht unbedeutend geblieben. Die Anstalt war in dem letzten Schuljahre (1915/16) von 784 Schülern besucht (im Vorjahre 678). Am Ende des Winters wurden im eigenen Konzertsäle 16 Schülervorführungen veranstaltet, am Schluß des Schuljahres 11 öffentliche Konzerte, darunter eines mit einem ausschließlich aus Schülerkompositionen bestehenden Programm. Am 2. Dezember vorigen Jahres, dem Vorabend des Geburtstages der Kaiserin, fand im Saale der Anstalt ein Festakt statt. Am 21. Dezember d. J. veranstaltete das Großh. Konseratorium eine Wehrmachtsfeier für die kranken Soldaten im Vereinslager zu Lützenhülse. Am 10., 11. und 12. April fanden die Theorieprüfungen der Vorbereitungsklassen statt. Der 16. Vortagsabend am 14. April und das 4. öffentliche Prüfungskonzert (Auführung von Schülerkompositionen) am 6. Juli d. J. waren durch die Anwesenheit F. v. H. der Großherzogin Luise ausgezeichnet. Dem Konseratorium ist an Stelle des verstorbenen Unterrichtsministers Dr. Wögen, Beethoven, der Unterrichtsminister Dr. Hübsch, Beethoven, ein Schüler der Anstalt, Herr Arthur Kuller, erhielt auf Grund eingereicherter Kompositionen das 2000 Mark betragende Viktor von Scheffel-Stipendium. Vonseiten der Präfektur des Großh. Konseratoriums, der Großherzogin Luise von Baden, wurden begabten Schülern reiche Stipendien gewährt, vonseiten der Direktion 35 Freistellen und 54 Schulgebernstipendien. Von der Stadt Karlsruhe erhält die Anstalt einen jährlichen Zuschuß von 6000 Mark. Der Großherzogin Luise-Stiftung (Pensions- und Krankenpflege der Lehrpersonen) wurden 1120 Mark als Beitrag der öffentlichen Prüfungen und beträchtlicher Schenkungen überwiesen. Dem Lehrerkollegium ist Frau Gisela Stadthilf-Koppmayer, Großh. Bad. Kammerjägerin, als Lehrerin für Solo- und dramatischen Gesang beigegeben. Die von der Firma Albin L. Baunus jr., Hofinstrumentenmacher in Karlsruhe, neu erfundene, verbesserte Preisorgel erhielt Preulein Emma Müller. Die Generaldirektion des Großh. Hoftheaters gewährte den Schülern des Großh. Konseratoriums ermäßigte Eintrittspreise zu den Theateraufführungen. In dankenswerter Weise unterstützt die Generaldirektion auch die Theaterfeste, indem sie den Schülern derselben wesentliche Vergünstigungen zuwendet, die in den Satzungen der Anstalt aufgeführt sind. Von Preulein Ida Griesbach und von Preulein Amelie Wiese sind der Bibliothek eine Anzahl wertvoller Bücher und Musikalien geschenkt worden. Außerdem wurden, wie alljährlich, der Anstalt von verschiedenen anderen Stellen Vergünstigungen und Zuwendungen gewährt. Besonders interessante Programme mit Kompositionen von Heinrich Kaiser, G. A. Bergqvist, Chr. Gust. Joh. Stamitz, Joh. Friedr. Bach, Johann Matheson und anderen Komponisten des 18. Jahrhunderts wurden den musikalischbegabtesten Schülern des Herrn Hofrat Prof. Eberwein eingehängt. Das neue Schuljahr beginnt am 16. September.

Mitteilungen aus der Karlsruher Stadtratsitzung vom 17. August 1916.

Schenkung. Baudirektor Dr. Carl Malsch hat der Stadtgemeinde ein von Kaiser August Gebhard ausgeführtes Selbstbildnis seines Vaters, des langjährigen, hochverdienenden Oberbürgermeisters Malsch, zum Geschenk gemacht. Das Bildnis wurde im Sitzungssaal des Stadtrats angebracht. Herrn Malsch wird für die hochherzige Schenkung Dank ausgesprochen.

Mehnhafen. Der Güterverkehr des städtischen Mehrnhafens hat sich im ersten Halbjahre 1916 auf insgesamt 740.612 Tonnen (gegen 572.080 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres) belaufen. Er weist somit das erfreuliche Mehrergebnis von 168.532 Tonnen auf. Beteiligt sind an diesem Güterverkehr 1737 Schiffe (gegen 1493 im Vorjahre).

Waldhut. Mit dem Großh. Hofrat- und Jagdamt wird eine Vereinbarung über die Ausübung der Waldhut im städtischen Neugartengelände durch einen der Großh. Hofräte getroffen.

Stromlieferung. Der Entwurf eines vom Stadt. Elektrotechnischen Amt mit der Garnisonverwaltung Karlsruhe abzuschließenden Vertrags über die Lieferung von Strom aus dem städtischen Elektrizitätswerk für die militärischen Gebäude in Durlach wird gutgeheißen.

Dankagung. Dem Kommando des Badischen Sängerbundes, Kaufmann Adolf Wöller, wird für Ueberreichung der Schrift „Fünftägige Jahre Badischer Sängerbund (1862 bis 1912)“ Dank ausgesprochen.

Politische Nachrichten.

Deutschland.
 Wirtschaftliche Vorbereitung des Krieges (Wirtschaftsamt).
 Der Anstuf des Deutschen Handelslages erklärt nach den Erfahrungen des jetzigen Krieges eine gründliche Sicherung der jederzeitigen wirtschaftlichen Kriegsbereitschaft des Deutschen Reiches für unbedingt erforderlich. Zu diesem Zweck ist eine selbständige, dem Reichsanzeiger unmittelbar unterstellte Behörde (Wirtschaftlicher Generalkommando oder besser: Kriegswirtschaftsamt) zu errichten. Bei Abtrennung eines Reichswirtschaftsamts vom Reichsamt des Innern könnte auch die Angliederung an dieses neue Amt erwogen werden. Dem Präsidenten des Kriegswirtschaftsamts sind ein Vorkommando und ein Beirat mit maßgebendem Einfluß zur Seite zu stellen, in denen die wichtigsten Vertretungen von Industrie und Handel und der Deutsche Handelsrat als ihre Vereinigung ihrer Bedeutung entsprechend vertreten sein müssen. Außerdem ist schon jetzt eine genügende Beteiligung des Deutschen Handelslages an der Ueberleitung der gegenwärtigen Krieges- in die Friedenswirtschaft zu fordern.

Andland.
 Stockholm, 17. Aug. (W.L.B.) Heute ist eine neue lange Liste von Warengattungen, deren Aus-

fuhr verboten wird, veröffentlicht worden, darunter Schmirgel, Schmirgelpapier, Gemütze, wie Kammeln und Angore, Baumwolle, Baumwollzeug, Bettzeug und Fabrikate der Wärsenbinderei.

Sofia, 18. Aug. (W.L.B.) Die Sobranje hat den Gesandten über die unentgeltliche Uebertretung von Gelände für den Bau der deutschen Gesandtschaft angenommen.

Das englische Parlament.
 London, 18. Aug. (W.L.B.) Im Unterhaus ist in dritter Lesung die Parlamentsbill mit der Abänderung angenommen worden, daß die Parlamentsdauer auf sieben Monate, anstatt, wie ursprünglich vorgesehen, 8 Monate ausgedehnt wird.

In Kaiser Franz Josef.
 Berlin, 18. August. (W.L.B.) An den Kaiser Franz Josef hat die reichsdeutsche Waffenbrüderliche Vereinigung aus Anlaß seines Geburtstages folgendes Telegramm gerichtet: Bewegten Herzens richten Oesterreich-Ungarns Völkler heute die Blide zu ihres Kaisers und Königs Thron. Mehr als in friedvoller Zeit fühlen sie sich ihm verbunden. Reicher bringen sie ihm ihre Liebe und Verehrung dar. Mit ihnen einen sich in innigen Wünschen und Guldigungsgrüßen die der Donau-Monarchie verbündeten Fürsten und Völker. Im Kreise der Deutschen bittet auch die reichsdeutsche waffenbrüderliche Vereinigung, ihrer Guldigung ehrfurchtsvoll Ausdruck geben zu dürfen. Sie sucht die Wege, die unsere Völker zu immer engerer innerer Vereinigung führen sollen, dem waffenbrüderlichen Bündnis der Staaten ein kulturelles Schutz- und Trugbündnis der Volksgemeinschaften, aus ihnen selbst heraus gebildet, zur Seite zu stellen. Der Geburtstag Seiner Majestät, als des Oberhauptes Oesterreich-Ungarns, ist uns ein neuer Anlaß, erneut das vorgedachte Ziel zu bekennen. Die reichsdeutsche waffenbrüderliche Vereinigung. Wermuth.

Die Frage neuer Wählerlisten in England.
 London, 18. Aug. (W.L.B.) In der zweiten Lesung des Gesetzesentwurfs über die neue Wählerliste wurde die Regierungsvorlage von Sir Edward Carson, Sir John Simon und Churchill scharf kritisiert. Simon trat für das Frauenstimmrecht ein. Carson und Churchill forderten, daß die Soldaten an der Front und die Matrosen auf den Kriegsschiffen das Wahlrecht ausüben dürfen. Churchill behauptete, daß die Abstimmung an der Front und auf den Kriegsschiffen nicht die geringsten Schwierigkeiten machen würde. Neux bestritt dies und erklärte die Schwierigkeiten für unüberwindbar. Bonor Law erklärte jedoch im Namen des Premierministers, daß die Regierung die Kommissionsberatung der Bill erst nach den Parlamentsferien vornehmen lassen werde.

Verfassung eines indischen Nationalisten.
 Bombay, 18. August. (W.L.B.) Exchange Telegraphen-Company. Der indische Nationalist Tilde ist durch ein gerichtliches Urteil verurteilt worden, bei Strafe von 40.000 Rupien ein Jahr lang keine aufrührerischen Reden zu halten.

Letzte Nachrichten

Rumänien.
 Berlin, 19. August. In einer Unterredung, die ein Mitarbeiter der Boffischen Zeitung mit einem rumänischen Staatsmann hatte, erklärte dieser, der als besonders gut informiert angesehen werden darf, über die augenblickliche Lage in Bukarest, während das Aprilabkommen zwischen den Mittelmächten und Rumänien beinahe reiflos durchgeführt sei, sei am 16. August der neue Vertrag mit Rumänien über beträchtliche Mengen von Erdöl und Brauergerie endgültig zum Abschluß gelangt. Zu den Gerüchten über eine angebliche Verarmung der Mittelmächte an Rumänien könne er erklären, daß eine solche seines Wissens nicht erfolgt sei. Auch habe keine Veranlassung dazu vorgelegen. Man wisse in Bukarest sehr wohl, daß die Mittelmächte einen Durchbruch russischer Truppen als Preisgabe der Neutralität ansehen würden und man habe innerhalb der rumänischen Regierung daraus die erforderlichen Schritte gezogen. Wenn daher ein steigender Gütertausch seinen ungehinderten Fortgang nehme, so scheine kein enger Grund zur Unruhe vorhanden zu sein.

Eine Erklärung Bernburgs.
 Berlin, 19. Aug. (W.L.B.) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat folgende Zuschrift erhalten: Berlin-Grünevald, 18. August 1916.
 In alldeutschen Wätern wird eine Erzählung verbreitet, wonach ich kürzlich auf einer Reise nach der Nordostfront in Ribau einen Vortrag gehalten habe, in dem ich eine Annäherung an England empfohlen hätte. Dieser Vortrag sei einer allgemeinen Ablehnung begegnet. Diese Geschichte ist von Anfang bis zum Ende erfunden. Hochachtungsvoll
 Dr. Bernburg, Staatssekretär a. D.
 Amerikanische Proteste gegen die schwarzen Listen Englands.
 Berlin, 19. August. Die Boffische Zeitung entnimmt der Neuen Züricher Zeitung die Nachricht, daß in fast allen Städten der Vereinigten Staaten Massenversammlungen gegen die „schwarzen Listen“ angekündigt werden. Sämtliche amerikanischen Handelskammern und kaufmännischen Vereine hätten gegen Englands Vorgehen Protest eingelegt und Wilson zum Handeln angefordert.
 Kaiserfeier in Belgrad an einem historischen Gedenktag.
 Belgrad, 19. Aug. (W.L.B.) Der Geburtstag Kaiser Franz Josephs wurde durch eine Feldmesse gefeiert, die zu der gleichen Stunde

stattfand, als die Stadt und die Festung Belgrad vor 199 Jahren dem Prinzen Eugen übergeben wurde. In der festlichen Kathedrale, der protestantischen Kirche, den beiden israelitischen Tempeln, sowie in der Moschee wurden gleichfalls starr besuchte Festgottesdienste abgehalten. Mittags erschienen Abordnungen des Belgrader Stadtrats und Vertreter der Kultusgemeinden beim Militär-generalgouverneur, um den Gefühlen unerfütterlicher Treue und Ergebenheit Ausdruck zu geben.
 Die Wahlen in Griechenland.
 Bern, 19. August. (W.L.B.) Dem Tempis zufolge finden die griechischen Wahlen am 27. September statt.

Englische Luftschiffe.
 Berlin, 19. August. Einer Berliner Meldung des Berliner Lokalanzeigers zufolge beginnen nach dem Scotsman 4 sehr große englische Luftschiffe in der kommenden Woche Probeflüge über die See nach Irland.
 Holländische Dampfer mit Getreide zurückgehalten.
 Amsterdam, 18. August. (W.L.B.) Die holländischen Dampfer mit Getreide werden noch immer in England zurückgehalten und das geschieht nun schon seit 6 bis 8 Wochen. In zwei Dampfern hat das Getreide zu feinten begonnen.

Verbot der Ausfuhr aus England nach Schweden.
 London, 18. August. (W.L.B.) Neuer. Der König hat die kgl. Verordnung unterzeichnet, durch die jede Ausfuhr nach Schweden, außer mit besonderer Erlaubnis des Kriegshandelsrats, verboten wird.

Berseht.
 London, 18. Aug. (W.L.B.) Nach einer Notizmeldung ist der spanische Dampfer „Bagofari“ (387 Tonnen) zum Sinken gebracht worden.
 London, 18. Aug. (W.L.B.) Der russische Dampfer „Kanda“ und die italienischen Segler „Lorenzo“, „Donato“ und „San Antonio“ sind gesunken.
 Friedensfeindliche Bestrebungen in England.
 Berlin, 19. Aug. Wie der Boffischen Zeitung aus Amsterdam gemeldet wird, wird der Britische Reichsverband, um dem Einfluß der Friedensfreunde entgegenzutreten, einen systematischen Feldzug durch alle Londoner Bezirke veranstalten. Es sollen Reden gegen einen schmelzen Friedensschluß gehalten und Resolutionen eingebracht werden, die der Regierung versichern, daß das Volk gewillt sei, durchzuhalten.

Abfichten Englands.
 London, 19. Aug. (W.L.B.) In einem Leitartikel über die allgemeine militärische Lage schreibt die Times u. a., die Alliierten übten auf allen Hauptfronten einen Druck auf den Feind aus, so daß der Krieg zu einer einzigen Kampagne geworden sei. Man müsse den noch günstigen Zeitraum der nächsten drei Monate mit aller Energie nutzen, um die Wiedererlangung der gemeinsamen Offensive im nächsten Frühjahr zu vereinfachen.

Verstärkung in England infolge großer Teuerung.
 Berlin, 19. August. Aus Rotterdam wird dem Berliner Tageblatt gemeldet: Der Daily Mail zufolge erweist die große Teuerung der Lebensmittel in ganz England jetzt eine derartige Verknüpfung, daß die Regierung halb genötigt sein wird, Maßnahmen zu treffen. Ueberdies geraten die großen Betriebe, wie die Eisenbahngesellschaften, in Verlegenheit, weil die Arbeiter wegen der Teuerung Lohnnachforderungen fordern.

Notterdam, 18. Aug. (W.L.B.) Gestern abend ist der deutsche Dampfer „Mars“ nach Lulea in Schweden ausgefahren.
 Bern, 19. Aug. (W.L.B.) Der Zyflon in Jamaika hat nach einer Wätermeldung vornehmlich den südlichen Teil der Insel heimgejagt, wo die Bananenernte besonders schwer betroffen wurde. Das Unwetter hat auch Menschenleben geordert.

Tages-Kalender.
 Sonntag, 20. August.
 Jugendvereine für Mädchen der Mittelstadt: 4 Uhr: Spiel-nachmittag mit Wächerausgabe. Steinstraße 29.
 Dienstag, 22. August.
 „Kreuzbündnis“ (S. abt. A.) abends 8 Uhr Vereins-versammlung.

Karlsruher Ständebuch-Auszüge.
 Geschlechtsung. 15. August: Dr. Adolf Wöller aus Heidelberg, mit Hedda Wöller aus Mannheim.
 Todesfälle. 16. August: Karl Verberich, Kaufmann, Ehefrau, alt 40 Jahre; Wöller, alt 9 Monate 28 Tage, Vater Adam Wöller, händischer Arbeiter. — 17. August: Lude, alt 8 Jahre, Vater Eduard Stöbele, Schlosser.
 Beerdigungszeit u. Trauerhäuser erwachsener Verstorbenen.
 Samstag, den 19. August 1916. 11 Uhr: Karl Verberich, Kaufmann, Beerdigung 64. — 3 Uhr: Lina Wöller, Witkalkateure-Gesellin, Kaiserstraße 23. — 5 Uhr: Elise Wöller, Finanzrats-Witwe, Bismarckstraße 33.

Handelsteil

Wertpapiere.
 Berlin, 18. Aug. (W.L.B.) Börsenstimmungs-bild. Die noch immer bestehende Unsicherheit wegen der Haltung Rumaniens verursacht im freien Börse-verkehr anfangs flüchtigeren Verlauf, der sich nachfolgenden Abkühlung des Marktes abmildert. Die Kurse sind im allgemeinen guten Verlauf. Die Umsätze aber vielfach in recht engen Grenzen und beschränkten sich bei unerheblichen Veränderungen auf die bekannten führenden Werte.
 Kurs für Schatzanweisungen der Kriegsanleihen.
 Berlin, 18. Aug. (W.L.B.) Der Reichsanzeiger macht im Reichsanzeiger bekannt, daß für die bei der Einrichtung der außerordentlichen Kriegsbahnge an Zahlungsmittel anzunehmenden 4%prozent. Schatzanweisungen der Kriegsanleihen des Deutschen Reiches ein Kurs von 99,50 Prozent zugrunde gelegt wird.

